

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen in Rat und Verwaltung,

kaum waren die Worte zur Einbringung des Haushalts im Oktober verhallt, änderten sich die Rahmenbedingungen der Landespolitik mit erfreulichen Konsequenzen für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen: Sie haben nun nämlich 10 Jahre Zeit, den Haushaltsausgleich zu erreichen, nicht nur vier Jahre.

Für Bergisch Gladbach bedeutet das, sich mit der Fragestellung zu beschäftigen: Können wir darstellen, dass wir 2022 einen ausgeglichenen Haushalt haben?

Falls ja, dann befreien wir uns in diesem Jahr noch vom Joch des Nothaushaltes.

Das ist eine sehr gute Perspektive --- und dennoch möchte ich e-i-n-e-n Grundsatz über meine Ausführungen stellen – und er mag Ihnen bekannt vorkommen: „Es gibt nichts zu verteilen!“

Es gibt tatsächlich immer noch nichts zu verteilen - auch wenn die Rahmenbedingen sich positiver darstellen. Mit rund 300 Millionen Euro Schulden werden wir noch lange von Schuldenfreiheit träumen. Im Gegenteil, wir müssen uns auch weiterhin verschulden und werden bis 2022 nur mühsam die Kurve hin zu einem ausgeglichenen Haushalt bekommen.

Aber immerhin: Die Möglichkeit, diese Kurve zu bekommen, besteht!

Wie – das haben wir haben als Kolleginnen und Kollegen der Verwaltungsführung seit den Herbstferien heftig diskutiert. Wir haben gerechnet, hin und her überlegt. Wir haben ganz bewusst NICHT die rosarote Brille aufgesetzt, sondern sind mit der gebotenen Vorsicht an die Zahlen herangegangen. Und wir sind zu einem Ergebnis gekommen, das Verwaltungsvorstand und Verwaltungskonferenz tragen:

Wenn wir uns *gemeinsam* anstrengen das heißt, wenn wir uns gemeinsam zu weiteren Einsparmaßnahmen entschließen können, dann haben wir die Chance, unseren Haushalt bis 2022 auszugleichen.

Das wird uns an einigen Stellen wieder einmal weh tun, aber nur zu diesem Preis können wir das große Ziel des Haushaltsausgleichs erreichen und den Nothaushalt verlassen.

Meine Meinung ist: Dieses Ziel ist es wert, und dieser Preis ist nicht zu hoch!

Daher habe ich mich fast schon geärgert, dass die Bergische Landeszeitung am 18. Januar den Haushaltsentwurf als „Liste des Grauens“ bezeichnet. Ja, es stimmt: Wir diskutieren auch ab heute wieder über einen Haushaltsplan, der den Mangel verwaltet.

Aber ich wehre mich gegen diese ständige Negativ-Rhetorik. Weil wir damit unsere Perspektiven klein reden.

Wir alle hier im Rat und in der Verwaltung sparen nicht, um Bürgerinnen und Bürger zu ärgern, sondern weil wir heute Verantwortung für die Zukunft übernehmen wollen.

Und weil wir Chancen suchen und nutzen wollen, den Nothaushalt zu verlassen, als Kommune wieder unser eigener Herr zu werden.

Dieses Ziel dient doch in allererster Linie dem Wohl der Allgemeinheit.

Und da bin ich der neuen Landesregierung dankbar, dass sie den Kommunen zu größerem Spielraum verhilft.

Bevor die Freude zu groß wird, muss ich aber auch deutlich sagen: Es ist KEINE substanzielle Hilfe durch die Landesregierung! Es fehlt zum Beispiel immer noch ein sechsstelliger Betrag zu einer „wahren Konnexität“ in Sachen beitragsfreies Kindergartenjahr. Es ist eine Änderung des § 76 der Gemeindeordnung, der den Kommunen vom Land keinen einzigen Euro mehr bringt.

Auch wenn unsere Finanzprobleme aktuell kein bisschen leichter werden, wir haben aber dennoch mehr Luft, um selbst bestimmte, vernünftige und tragfähige Lösungen für die Zukunft zu suchen und diese dann auch umzusetzen.

Kommen wir zu den Zahlen:

Bislang müssen wir im Jahr 2022 noch mit einem Haushaltsdefizit von gut 4 Millionen Euro rechnen. Diese 4 Millionen Euro gilt es bis dahin abzubauen, also einzusparen.

Die Berechnung dieses Betrages haben wir uns nicht im Rathaus ausgedacht, sondern hierzu gibt es Vorgaben des Landes, die wir angewendet haben. Auch haben wir diese Zahlen bereits mit der Kommunalaufsicht abgestimmt.

Wie wir nun den Ausgleich schaffen können, liegt als Vorschlag der Verwaltung auf Ihrem Tisch. Dieser Vorschlag wird Sie in den kommenden Wochen bei Ihren Haushaltsberatungen begleiten.

Zwei Tatsachen möchte ich an dieser Stelle ganz deutlich formulieren.

Erstens: Wir können heute nicht alle Ereignisse der nächsten zehn Jahre absehen. Möglicherweise müssen wir nachjustieren.

Der Vorwurf, dieses Haushaltssicherungskonzept bis 2022 sei Kaffeesatzleserei oder - wie am 19. Januar im Kölner Stadt-Anzeiger zu lesen war - ein „Taschenspielertrick“, ist insofern berechtigt - aber er ist zugleich unberechtigt; denn dieser Vorwurf gilt dann für jeden Plan. Keiner weiß, was in den nächsten Monaten und Jahren geschehen wird. Vielleicht gibt es eine neue Finanzkrise oder die Steuereinnahmen brechen ein. Vielleicht geschieht das auch nicht...

Aber, zu planen heißt eben auch für die nächsten noch ungewissen Jahre zu planen, und das aufgrund der heutigen Datenlage.

Und diese Chance, in 10 Jahren den Haushaltsausgleich erreichen zu können, dürfen wir nicht verstreichen lassen. Sonst haben wir unsere Aufgabe als Ratsmitglieder der Stadt Bergisch Gladbach verfehlt, sonst treten wir die kommunale Selbstverwaltung mit Füßen.

Zweitens: Die Liste ist verhandelbar. Nur: Wer Änderungen vornehmen möchte, der muss zwingend an anderer Stelle sparen.

Wohlgemerkt: Wir müssen 4 Millionen Euro bis 2022 einsparen – auf das Jahresergebnis bezogen, also dann IM Jahr 2022!

Wie wir uns das als Verwaltung vorstellen, möchte ich an einigen Beispielen aufzeigen:

- Optimierung von Schulstandorten – die Diskussion ist Ihnen bekannt,
- Weitere Optimierung der Arbeitsabläufe in der Verwaltung
- Reduzierung des Theaterzuschusses für den Bergischen Löwen ab dem Jahr 2014
- Veränderung der Personalstruktur der Musikschule (die meisten fest angestellten Kolleginnen und Kollegen werden nach dem Ausscheiden durch Honorarkräfte ersetzt)
- Parkraumüberwachung: Stärkere Kontrolle in den Randstunden
- Mittelfristig wird der Zuschuss zu den Schulbibliotheken gestrichen (Alternative Modelle gibt es beispielsweise am Berufskolleg in Heidkamp. Dort organisieren ehemalige Lehrer die Schulbibliothek, die täglich geöffnet hat.)

Nicht vorgesehen sind nochmalige Steuererhöhungen. Dass diese Karte wohl ausgereizt ist, habe ich schon im Oktober ausgeführt.

Mit diesen Maßnahmen machen wir in den nächsten Jahren **weniger Schulden** --- und zwar rund 90 Millionen Euro. Das ist doch ein ersterbenswertes Ziel!

Schaffen wir es mit Ihrem Votum, für das Jahr 2022 den Haushaltsausgleich darzustellen, kommen wir noch in diesem Jahr aus dem Nothaushalt heraus.

Ich bitte Sie, das nicht falsch zu verstehen. Wir haben auch dann nichts zu verteilen.

Die Mitglieder der Verwaltungskonferenz und ich empfehlen dringend eine **Selbstbindung**. Auch wenn wir nicht mehr offiziell im Nothaushalt sind, sollten wir uns weitgehend freiwillig als eine Nothaushaltsgemeinde betrachten. Uns also an die Spielregeln des Nothaushaltes binden – damit wir das Ziel 2022 nicht gefährden.

Ich rate Ihnen gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen der Verwaltungskonferenz, folgende **Bindungsregeln** zu befolgen:

Erstens: Die Personalbewirtschaftung wird weiterhin restriktiv betrachtet, z.B. einjährige Wiederbesetzungssperre.

Zweitens: Auch der so genannte „Korridor der freiwilligen Leistungen“ wird weiterhin eingehalten. Die anvisierten 5 Millionen des Korridors bleiben weiterhin unsere Zielvorstellung.

Daraus folgt, dass auf Vorlagen für Ausschüsse weiter darauf hingewiesen wird, ob es sich um korridorrelevante freiwillige Leistungen oder Pflichtaufgaben handelt.

Noch ein Wort zu den Investitionen:

Mit dem genehmigungsfähigen Haushaltssicherungskonzept stehen uns in den kommenden Jahren jeweils ca. 2,5 Mio Euro mehr für Investitionen zur Verfügung. Damit hätten wir eine realistische Perspektive, die Otto-Hahn-Schulen in den Jahren 2013 bis 2016 komplett, d.h. mit einem Volumen von 18 Mio Euro, zu sanieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wir haben uns diese Sache in der Verwaltungskonferenz und im Verwaltungsvorstand nicht leicht gemacht. Ich möchte mich bei den Kolleginnen und Kollegen, die sich in diesen wirklich kollegialen Beratungen wieder aktiv eingebracht haben, sehr herzlich bedanken.

Wir wissen nicht, was die Zukunft bringt, aber wir wissen, dass wir heute diese Chance, aus dem Nothaushalt herauszukommen und einen ausgeglichenen Haushalt für 2022 anzustreben, ergreifen müssen.

Wir müssen es versuchen, wieder auf die Beine zu kommen und unsere Stadt unabhängig von der Kommunalaufsicht zu gestalten.

Ich würde mich für unsere Stadt freuen, wenn Sie diese Meinung teilen und wir gemeinsam diese Chance nutzen.